Dieser Kampf entspricht den Lebensinteressen des Volkes, und darum haben Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen Westdeutschlands den Kampf gegen das Wiedererstehen des Militarismus, gegen die Belastung der Volksmassen durch die Remilitarisierung, gegen die weitere Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten aufgenommen. Teile der Arbeiterklasse treten gegen die hohen Profite des Großkapitals und gegen die Preissteigerungen auf und kämpfen für Erhöhung der Löhne. Jugendliche erklären, die Wehrgesetze haben für sie keine Gültigkeit, da die westdeutsche Armee keine deutsche Armee sei, sondern eine Söldnerarmee der NATO unter amerikanischem Oberbefehl. Bauern verteidigen ihren Boden gegen die Beschlagnahme durch die Militaristen. Es nimmt die Zahl der Werktätigen zu, die gegen Revanchepropaganda und gegen die Haßpropaganda gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und der Sowjetunion auftreten. Arbeiter nehmen organisiert den Kampf auf gegen das gefährliche Treiben der militaristischen Verbände, insbesondere der SS-Verbände und des Stahlhelms. Viele christliche Werktätige, die einen neuen Krieg fürchten, fordern ebenfalls eine Änderung der Bonner Politik. Aber auch in bürgerlichen Kreisen verbreitet sich die Auffassung, daß nach der Genfer Konferenz und der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Sowjetunion Westdeutschland ernste Schritte zur Entspannung unternehmen muß. Bis in die bürgerlichen Kreise Westdeutschlands ist die Forderung auf Loslösung der westdeutschen Bundesrepublik von der NATO zu hören.

Dieser Kampf der friedliebenden Kräfte in Westdeutschland muß erzwingen, daß auch Westdeutschland sich an der Entspannung der Lage in Europa beteiligt und den kalten Krieg, auch vom Brückenkopf Westberlin aus, gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die volksdemokratischen Länder und die Sowjetunion einstellt.

Vor allem die deutsche Arbeiterklasse hat die geschichtliche Pflicht, ihre Kräfte in ganz Deutschland zu vereinen, damit sie die Führung der Nation im Kampf gegen den volksverderbenden Militarismus und für die Wiedervereinigung Deutschlands im Geiste des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts verwirklichen kann. Das erfordert die engste Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen und der Werktätigen Westdeutschlands mit der Deutschen Demokratischen Republik und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland.

Die Mitglieder der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Westdeutschlands tragen für die Erhaltung des Friedens eine große Verant-